

II-9990 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4901/W

1993 -05- 27

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Ilse Mertel  
und Genossen  
an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie  
betreffend Ausbau von Kinder- und Jugendbetreuungseinrichtungen

Einer der familienpolitischen Schwerpunktmaßnahmen im Koalitionsübereinkommen ist der Ausbau der familienergänzenden Einrichtungen zur Entlastung der Eltern. Wörtlich heißt es dazu: "Eine ganz wesentliche Hilfe für die Familien stellt heute ein breites, an den Bedürfnissen erwerbstätiger Eltern orientiertes Angebot familienergänzender Einrichtungen dar. Hier gibt es einen großen Nachholbedarf. Daher müssen z.B. Tagesheimschulen, ganztägige Schulformen, Kindergärten und private Initiativen, wie Tagesmütter, verstärkt angeboten werden".

Heute fehlen in Österreich rund 170.000 Betreuungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche. Das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie hat bisher keine Vorschläge für ausreichende flächendeckende, familienergänzende Einrichtungen zur Betreuung von Kindern und Jugendlichen vorgelegt. Es ist notwendig, bedarfsgerechte, insbesondere nach den Bedürfnissen der berufstätigen Eltern orientierte Kinder- und Jugendbetreuungseinrichtungen für ganz Österreich zu schaffen. Die Schaffung solcher Einrichtungen liegt in der Kompetenz der einzelnen Bundesländern.

Aufgrund Ihrer Aussagen am 26. Mai 1993 in der Fragestunde des Nationalrates werden diesbezüglich bereits konkrete und intensive Gespräche mit den Ländervertretern geführt.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie daher nachstehende

**Anfrage:**

1. Hat es diese Gespräche mit den Vertretern der Bundesländer bereits gegeben?
2. Mit welchen Bundesländern wurden diese Gespräche geführt?
3. Wann haben diese Gespräche mit den jeweiligen Bundesländervertretern stattgefunden?
4. In welchem Stadium befinden sich derzeit die Gespräche (bezogen auf das jeweilige Bundesland)?
5. Gibt es konkrete Ergebnisse aus diesen Gesprächen (bezogen auf das jeweilige Bundesland)?
6. Hat es konkrete Zusagen - wenn ja, welche - seitens der einzelnen Bundesländervertreter hinsichtlich der Schaffung von zusätzlichen Betreuungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche gegeben?
7. Gibt es von einzelnen Bundesländern Vorschläge zur Finanzierung der Betreuungseinrichtungen? Wenn ja, welche?  
Wenn nein, könnten Sie sich eine Finanzierung im Rahmen der Finanzausgleichsverhandlungen, mit 15a-Verträgen, vorstellen?
8. Sind Sie bereit, die Initiative von Frauenministerin Johanna Dohnal, in einem Bundesgesetz die Errichtung von familienergänzenden Einrichtungen zu regeln, zu unterstützen?